

Debatte um Sicherheitskonzept für den Breitscheidplatz geht weiter. Ein neues Sicherheitskonzept soll den Breitscheidplatz wieder ansehnlicher und attraktiver machen – nur wie? Darüber diskutierte der Verkehrsausschuss der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf. Mit den massiven Lkw-Sperren ist niemand zufrieden. Sie waren nach dem Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 installiert worden.

Das Bezirksamt will die südliche Fahrbahn der Budapester Straße zwischen dem Hotel Waldorf Astoria und dem Einkaufszentrum „Bikini Berlin“ entfernen ([wir berichteten](#)). Der Mittelstreifen solle zu „einer Art Barrikade“ werden, sagte Verkehrsstadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne). Für den Kfz-Verkehr bliebe im nördlichen Straßenteil je eine Spur pro Richtung übrig. Fahrzeuge, die aus der Joachimsthaler Straße kommen, hätten keine Möglichkeit mehr, stark zu beschleunigen. „Damit würden sich die ganzen Sicherheitsmaßnahmen verlagern“, man könne sie auch „wesentlich dezentler und kleiner“ realisieren.

Eine Teilspernung der Budapester Straße gab es bereits während eines „Kultursommers“ im vergangenen Jahr. Eine Bühne stand auf den südlichen Fahrbahnen. „Das hat funktioniert, der Verkehr hatte kein Problem“, findet Schruoffeneger.

Im kommenden Sommer ist wieder ein Kultursommer geplant. Deshalb habe der Bezirk zuletzt vorgeschlagen, die Absperrungen des Weihnachtsmarkts diesmal „nicht zurückzubauen“, sagte der Stadtrat. Darin sei man sich einig gewesen mit der Arbeitsgemeinschaft City, die Geschäftsleute vertritt. Dann aber habe die Senatsverkehrsverwaltung den Vorschlag abgelehnt.

Am Kurfürstendamm will das Bezirksamt eine Lücke im Mittelstreifen schließen, um zu verhindern, dass jemand aus der Rankestraße geradeaus auf den Breitscheidplatz rast. Autos in der Rankestraße könnten dann nur noch nach rechts in die Tauentzienstraße abbiegen.

Ohne Gegenstimmen nahm der Ausschuss [einen SPD-Antrag](#) an, wonach das Bezirksamt die „Vorgaben aus dem Berliner Mobilitätsgesetz“ beachten soll. Die FDP-Fraktion sah darin eine Benachteiligung des Autoverkehrs. Auf ihren Wunsch hin wurde hinzugefügt, dass „die Belange aller Verkehrsteilnehmenden“ zu berücksichtigen seien. Die CDU enthielt sich der Stimme.

Die Debatte drehte sich auch um allgemeine Fragen der Verkehrspolitik und der städtebaulichen Entwicklung. Schruoffeneger sieht einen „Grundsatzkonflikt“ zwischen dem Bezirk, dem die „Aufenthaltsqualität in der Innenstadt“ wichtig sei, und der Senatsverwaltung. Diese lege vor allem Wert darauf, dass Verkehrsteilnehmer:innen „möglichst schnell von A nach B gelangen“. Er fordere keine autofreie Stadt, betonte der Stadtrat. Man könne aber den Durchgangsverkehr umleiten, ohne die Zufahrt in die City West zu unterbinden.

Auch die grüne Bezirksverordnete Corinna Balkow sagte, um die Innenstadt „lebenswert zu gestalten“, dürfe es dort keine „breite Schneise aus Autowegen“ geben. FDP-Fraktionschef **Felix Recke** zeigte sich irritiert über die „verkappte Diskussion“ um Themen, die nichts mit dem Schutz vor Anschlägen zu tun hätten.

Der damalige Innensenator Andreas Geisel (SPD) hatte im Sommer 2020 [ein anderes Konzept](#) favorisiert. Eine Skulptur mit einem „Berlin“-Schriftzug sollte den Platz an der Ecke zur Kant- und Budapester Straße schützen. Drei Meter hohe Metallbuchstaben hätten auf einem 16 Meter breiten Betonsockel gestanden, der einen Meter emporragt.

Doch es hagelte Proteste. Das Landesdenkmalamt [nannte die Idee „nicht zustimmungsfähig“](#). Die Stiftung Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und Pfarrer **Martin Germer** kritisierten, der „banale“ und „monumentale“ Schriftzug behindere den Blick auf die denkmalgeschützte Ensemble der Kirche. Stadtrat Schruoffeneger fand den Entwurf provinziell. Schließlich gab Senator Geisel entnervt auf. Die Innenverwaltung zog sich aus der Planung zurück.
